

Landwirtschaftsminister und Kleinwohnungen.

Fiskalische Bodenpolitik.

Aus Halle wird uns geschrieben: Bei der Besprechung von Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot führte in der Stadtverordneten-Versammlung Oberbürgermeister Dr. Rive Klage über das Verhalten des Landwirtschaftsministers, der kein Entgegenkommen beim Ankauf von Domänen- oder forstwirtschaftlichem Besitz gezeigt habe. Am 15. Januar hatte der Ministerpräsident im Herrenhause einer weitherzigen Wohnungspolitik das Wort geredet und tags darauf der Finanzminister im Landtage verkündet, daß man den Gemeinden zum Kleinwohnungsbau staatliches Gelände zu billigen Preisen überlassen wolle. So wolle der Staat der Stadt Berlin 573 Hektar zum Preise von je 1,00—1,75 M. je Quadratmeter überlassen.

Die Stadt Halle hat darauf den Landwirtschaftsminister, ihr vor den Toren der Stadt 26 und 12 Morgen domänenfiskalisches Land, um das Halle schon vor dem Kriege lange Jahre gehandelt hat, zu einem gleichen Preise zu überlassen, insgesamt für 94 000 Mark. Aber der Minister erklärte, Halle habe ja schon 1914 173 000 M. geboten; nur für 343 000 M. sei das Land verkäuflich. Die Stadt berief sich auf die Verheißungen im Parlament und hob hervor, daß sie ja keine Ortschaften mit dem Gelände machen, sondern Kleinwohnungen mit Gärten errichten wolle; man möge doch den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung tragen.

Der Minister aber erklärte: Ich verlasse nicht die Schwierigkeiten in der Wohnungsfrage und auch nicht die guten Absichten. Jedoch ist die Domänenverwaltung gesetzlich verpflichtet, ihren Grundbesitz nur gegen volle Schadloshaltung zu veräußern und dieser Grundsatz darf auch aus ernstlichen sozialpolitischen Erwägungen nicht verletzt werden. Also erst den vollen Preis zahlen, dann fängt die Sozialpolitik an. Oberbürgermeister Rive meinte, wenn die Städte auch so dächten, dann wäre es wohl niemals zu einem Anfang kommunaler Sozialpolitik gekommen.

Auf erneute Eingabe erklärte der Minister: Wie kommt Halle dazu, weil dort zufällig der Fiskus Land hat, dieses Land billiger kaufen zu wollen? Andere Städte, wo der Fiskus kein Land hat, können ja auch nicht billig staatliches Land erwerben. Das heißt also, so meinte Dr. Rive, weil der Staat nicht allen helfen kann, darum hilft er keinem. Ich frage, wo ist in diesem Ministerium der Landesvater? Als unumstößliche Schranke für alle Sozialpolitik stellt der Minister das Gesetz hin. Was mag das für ein Gesetz sein? Jedenfalls muß es älter sein, als der Gedanke der Sozialpolitik ist und verdiente, schleunigst beseitigt zu werden. Die Stadt will sich doch bei der Sache nicht bereichern. Sie will sogar unter eigenen Opfern einzig kleinen Leuten gesunde Wohnungen schaffen. Trotz unserer Anfrage haben wir nicht erfahren können, auf welches Gesetz der Minister sich denn bezieht.

Der Ministerpräsident und das gesamte Ministerium stellen Richtlinien auf für eine großzügige Wohnungspolitik, aber hier erleben wir wieder, wie schon manchmal in Preußen, den Fall: der Einzelminister setzt sich über die Gesamtpolitik des Staatsministeriums hinweg.